

Niederschrift
der Dringlichkeitssitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 23.04.2026
Beginn: 15:00 Uhr
Ende 15:55 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Thoralf Pieper

Mitglieder

Frau Ute Bartel
Herr Henrik Gotsch
Herr Thomas Haack
Frau Nicole Lastovka
Herr Frank Rybka
Herr Rainer Starke

Vertreter

Frau Kerstin Chill
Herr Jeremie Denney

Vertretung für Herrn Detlef Lindner
Vertretung für Herrn Marc Quintana Schmidt

Protokollführer

Frau Madlen Zicker

von der Verwaltung

Frau Madlen Arnold
Herr Peter Koslik
Herr Dr. Frank-Bertolt Raith
Herr Peter van Slooten

Gäste

Frau Anett Kindler
Frau Assessore jure Sandra Kothe-Woywode
Herr Mathias Leddin
Herr Friedrich Smyra
Herr Jürgen Suhr

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 2.1** Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026 der Hansestadt Stralsund - Ergänzungsbeschluss zu Band I Kernhaushalt
Vorlage: B 0025/2026
- 3** Verschiedenes
- 6** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Vergabe sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 2.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026 der Hansestadt Stralsund - Ergänzungsbeschluss zu Band I Kernhaushalt Vorlage: B 0025/2026

Herr Kellotat stellt die Beschlussvorlage vor.

Herr Gotsch kritisiert die kurze Einladungsfrist zur heutigen Sitzung sowie, dass die Unterlagen zur Beschlussvorlage erst vor zwei Tagen im Ratsinformationssystem eingestellt wurden. Herr Gotsch hat insgesamt 39 Fragen zur Beschlussvorlage.

Herr Gotsch verweist zunächst auf das Datum der Vorlage (14.04.2026) und kritisiert die späte Einreichung. Des Weiteren möchte er erfahren, aus welchen Gründen die Beschlussvorlage nicht in der regulären Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe im Mai besprochen werden kann. Herr Kellotat merkt dazu an, dass am 14.04.2026 die Vorlage im Programm angelegt wurde. Anschließend wurde diese ausgearbeitet. Der Haushalt 2026 wird voraussichtlich Ende Mai 2026 genehmigt. Aus dem Grund wurde sich dafür entschieden, einen Ergänzungsbeschluss in die heute stattfindende Bürgerschaftssitzung einzureichen, da andernfalls ein zeitaufwendiger Nachtragshaushalt nötig wäre.

Herr Gotsch kritisiert, dass der Kündigungstermin der Werkfeuerwehr nicht in der Beschlussvorlage enthalten ist. Weiterhin verweist er auf die Aussagen der Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses Volkswerft im Januar 2026, wo der Zeitpunkt nicht terminiert werden konnte.

Herr Rybka möchte erfahren, ob es rechtssicher sei, dass die Werkfeuerwehr auf dem Gelände nicht mehr benötigt wird. Dazu teilt Herr Dr. Raith mit, dass eine entsprechende Genehmigung seitens der zuständigen Landesbehörde vorliegt. Aus seiner Sicht gibt es keine Zweifel.

Herr Gotsch bittet bezüglich der drohenden Zahlungsschwierigkeiten um eine monatliche Liquiditätsplanung für den Maritimen Industrie- und Gewerbeparks Volkswerft. Laut Herrn Dr. Raith gibt es diese nicht. Herr Kellotat fügt hinzu, dass Bestellbuchungen in der Verwaltung eingeführt wurden. Diese dienen zur Absicherung der Liquidität.

Herr Gotsch kritisiert, dass der Ausschuss Volkswerft nicht einbezogen wurde. Der heutige Termin hätte in einer gemeinsamen Sitzung stattfinden können. Laut Herrn Haack wurde der Finanz- und Vergabeausschuss lediglich auf seine Initiative heraus einberufen. Andernfalls wäre kein beratender Ausschuss beteiligt gewesen.

Herr Kellotat teilt auf Nachfrage von Herrn Gotsch mit, dass der Ergänzungsbeschluss nach der Beschlussfassung unverzüglich dem Innenministerium zugesandt wird. Die Eilbedürftigkeit ist laut Herrn Kellotat gegeben, da bei einer späteren Beschlussfassung Liquidationsprobleme auftreten sowie ein deutlicher Mehraufwand seitens der Erstellung eines Nachtragshaushaltes in der Verwaltung nötig wäre.

Herr Gotsch verweist auf die Kassenkredite. Dazu merkt Herr Kellotat an, dass die vorliegende Beschlussvorlage haushaltsneutral ist und es keine Auswirkungen auf die Kassenkredite gibt.

Herr Gotsch möchte ferner wissen, ob die vorliegende Beschlussvorlage Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung 2027 bis 2029 hat. Herr Kellotat teilt dazu mit, dass es sich seitens des KiföG um Prognosen handelt.

Herr Gotsch kritisiert die Zusammenlegung von unterschiedlichen Sachkonten. Im vorliegenden Fall werden laut Herrn Kellotat die Ansätze im betreffenden Sachkonto entsprechend erhöht. Herr Kellotat erläutert in diesem Kontext die Deckungskreise.

Herr Haack nimmt Bezug auf den eingereichten Fragenkatalog der Fraktion Bündnis90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei. Er bemängelt, dass die Beantwortung dieser Fragen nicht vor der Sitzung eingegangen ist. Dies hätte eine Entscheidungsfindung leichter gemacht.

Herr Haack teilt mit, dass seitens der Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit lediglich die Posten der Schadstoffbeseitigung in Höhe von 350.000 EUR sowie die zusätzlichen Kosten der Feuerwehr, jedoch nur in Höhe von 108.000 EUR, Akzeptanz finden. Die weiteren aufgezählten Kosten auf dem Maritimen Industrie- und Gewerbepark Volkswerft, insbesondere die 10 Prozent für „Unvorhergesehenes“, lehnt er ab. Den Punkten 2 und 3 der Beschlussvorlage stimmt er zu. Herr Haack stellt dies als Änderungsantrag vor.

Herr Haack teilt ferner mit, dass die Erhöhung der Kreisumlage im Haushalts- und Finanzausschuss des Landkreises V-R abgelehnt wurde. Er geht davon aus, dass der Kreistag dies ebenso ablehnt.

Auf Nachfrage von Herrn Pieper teilt Herr Kellotat mit, dass für die Kreisumlage ein Sperrvermerk gesetzt wird, sodass die eingestellten Gelder nicht anderweitig ausgegeben werden können.

Herr Gotsch hat mehrere offene Fragen zum Maritimen Industrie- und Gewerbepark Volkswerft.

Herr Dr. Raith merkt bezüglich der Reinigung der Halle folgendes an. Da es sich zunächst um einen Verdacht handelte, wurden entsprechende Proben entnommen. Die Auswertung dieser hat eine Woche in Anspruch genommen. Die weitere Vorgehensweise wurde mit dem LAGuS abgesprochen. Es wurden 5 Firmen kontaktiert, mit der Bitte ein entsprechendes Angebot zur Reinigung abzugeben. Die Schwierigkeit bestand laut Herrn Dr. Raith darin, die Halle wie vereinbart zum 01. März 2026 an die Firma Fassmer zu übergeben.

Laut dem Betriebsführungsvertrag mit den Stadtwerken Stralsund ist das Ergebnis aus dem Vertragsjahr 2025 der Indikator für die Aufwendungen im Folgejahr. Aus diesem nunmehr abgerechneten Ergebnis ergibt sich ein ungeplanter Mehrbedarf in Höhe von 60.000 EUR für das Jahr 2026. Bezüglich der ungeplanten Havarien trägt Herr Dr. Raith auf Nachfrage die Einzelmaßnahmen vor.

Laut Herrn Dr. Raith gehört zu einer soliden Haushaltsplanung auch eine Position „Unvorhergesehenes“. Andernfalls müsste die Bürgerschaft bei jedem Mehraufwand behelligt werden. Laut Herrn Kellotat ist es dem Fachamt nicht möglich, jede Maßnahme auf dem Maritimen Industrie- und Gewerbepark Volkswerft zu planen bzw. vorherzusehen. Die

Bezeichnung „Unvorhergesehenes“ ist seiner Meinung nach unglücklich formuliert. Die geplanten sowie die ungeplanten Maßnahmen müssen aus dem Sachkonto Bewirtschaftung entnommen werden.

Herr Starke stellt zur Frage, wie die Schäden entstanden sind und ob diese durch entsprechende Maßnahmen abwendbar gewesen wären. Er sieht keine Transparenz in der vorliegenden Beschlussvorlage.

Herr Gotsch möchte erfahren, ob Rechtsberatungskosten hinsichtlich des Sachverhaltes mit Strela Ship Repair zu erwarten sind. Herr Kellotat merkt an, dass es ein Sachkonto für Rechtsberatungskosten gibt. Ihm ist nicht bekannt, dass erhöhte Kosten dahingehend auf die Hansestadt Stralsund zukommen.

Herr Dr. Raith geht davon aus, dass die geplanten Einnahmen der Pachtzahlung am Jahresende generiert werden. Im kommenden Jahr rechnet er mit 25 Prozent Mehreinnahmen als in 2026. Angebote für die Kompaktwerft liegen ferner vor. Diese sind in diesem Prozentsatz noch nicht einkalkuliert.

Herr Gotsch verweist auf die im Vorfeld reduzierten Ansätze von Strom und Gas auf dem Maritimen Industrie- und Gewerbepark Volkswerft.

Es gibt keine weiteren Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag von Herrn Haack zur Abstimmung.

Abstimmung: 2 Zustimmungen 1 Gegenstimme 6 Stimmenthaltungen

Somit ist dem Änderungsantrag stattgegeben.

zu 3 Verschiedenes

Es besteht im öffentlichen Teil der Sitzung kein Redebedarf. Da im nichtöffentlichen Teil der Sitzung ebenfalls kein Redebedarf vorliegt, entfallen die restlichen Tagesordnungspunkte. Der Ausschussvorsitzende schließt die Dringlichkeitssitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 23.04.2026.

gez. Thoralf Pieper
Vorsitzender

gez. Madlen Zicker
Protokollführung